

New York tauchte seine Wolkenkratzer kurzzeitig in Orange – um Amazon zu gefallen. Foto: Bloomberg



Buhlen um Amazon

Der Online-Händler hat einen Städtewettbewerb um seine neue Zentrale losgetreten. Die Kandidaten überbieten sich mit Milliardenangeboten. Lohnt sich das?

Von Winand von Petersdorff und Roland Lindner

Das Empire State Building wech-selt nur zu besonderen Anläs-sen die Farben. Am 18. Okto-ber erstrahlte der berühmte New Yorker Wolkenkratzer in orange. Nicht etwa wie sonst oft, um ein Sportereignis oder einen Feiertag zu zelebrieren, sondern um sich vor Amazon zu verneigen. Orange ist die Farbe des Pfeiles im Logo des Online-Händlers, und die Beleuchtung war vielleicht spektakulärsten Standort-wettbewerb ins Gespräch zu bringen, den es je in Amerika gegeben hat. Amazon sucht eine Heimat für eine neue Zentrale, die Bewerbungsfrist dafür lief am Tag nach der Lichtshow am Empire State Building ab.

Die Aktion in New York ist nur ein Beispiel von vielen. Um Amazon anzu-locken, scheint amerikanischen Städ-ten derzeit jeder Werbegag recht zu sein. Tucson (Arizona) schickte Vor-standschef Jeff Bezos einen Riesenkak-tus, das Wahrzeichen der Region. Bir-mingham (Alabama) ließ gigantische Amazon-Pakete in der Stadt aufstellen. Der Bürgermeister von Kansas City (Missouri) kaudte 1000 Produkte bei Amazon ein und gab ihnen positive Bewertungen, bei de-nen nebenbei auch seine Stadt gut wegkam. Ein Vorort von Atlanta (Georgia) versprach sogar, innerhalb seiner Gren-zen eine neue Stadt entstehen zu lassen, die Amazons Nä-men trägt und Bezos zum Bürgermeister hat. Das sind die Gimmicks, mit denen Lokalpolitiker ihren Bürgern zeigen, dass sie nicht tatenlos bleiben beim wichtigsten Ansie-d-lungsprojekt der Vereinigten Staaten.

Der Online-Händler selbst allerdings hat bei seiner Aus-schreibung vor ein paar Wochen klargemacht, dass es ihm

um harte Faktoren geht und vor allem um Geld. Er stellte eine ganze Reihe von Anforderungen an seine künftige Hei-mat, zu „kritischen Entscheidungsfaktoren“ erklärte er die sogenannten „Incentives“. Damit sind finanzielle Anreize wie Steuererleichterungen oder kostenlose Grundstücke ge-meint, die er sich von den Bewerbern wünscht. Die Anspri-che scheinen sehr hoch zu sein, denn Amazon mutmaßte sogar, dass Kommunen vielleicht ganz neue Gesetze erläs-sen müssten, um ein wettbewerbsfähiges Incentive-Paket schmüren zu können.

Amazons Standortwahl-Verfahren ist nicht nur unge-wöhnlich wegen seiner Dimension: Das zweite Hauptquar-tier neben Seattle soll einmal 50 000 Menschen mit einem durchschnittlichen Jahresverdienst von mehr als 100 000 Dollar beschäftigen. Ungewöhnlich sei auch, dass Amazon seine Suche öffentlich gemacht habe, sagt Jason Hickey, Chef der Beratungsfirma Hickey & Associates, die Unterneh-men in der Standortwahl berät. Normalerweise suchten Firmen diskret, angesprochene Bürgermeister und Energie-versorger müssten Vertraulichkeitserklärungen unterschrei-ben. Doch Amazon hetzt Städte und Bundesstaaten aufein-ander und entfacht auf diese Weise einen Überbietungswet-tbewerb. Ähnlich praktiziert es laut Hickey aktuell nur der Autokonzern Toyota, der zusammen mit Mazda eine neue Autofabrik errichten will.

Die transparente Auktion sei etwas Neues, sagt der Bera-ter. Und sie funktioniert offenbar bestens. Sie könnten gar nicht anders, als mitzubieten, hätten ihm Bürgermeister und Regionalpolitiker im Vertrauen gebeichtet, selbst wenn sie keine Chancen hätten, berichtet der Standort-experte. Denn die Öffentlichkeit guckt genau zu. Neben New York haben fast alle großen amerikanischen Metro-polen Interesse angemeldet, aber auch entlegene Regionen wie Alaska machen sich Hoffnung. Selbst das teilautonome amerikanische Territorium Puerto Rico und Kandidaten aus Mexiko sind im Rennen. Insgesamt liegen Amazon nun 238 Angebote vor.

Eine krachende Offerte hat nun der republikanische Gouverneur von New Jersey, Chris Christie, auf den Tisch gelegt und gleich öffentlich gemacht. Demokratische Poli-

tiker standen dabei an seiner Seite. Der Bundesstaat und die eigenen Heimatstaaten anzusehen. Zugleich haben sie gute Gründe, Unternehmenssiedlungen zu subventionieren – allen voran wegen der positiven Ausstrahlungseffekte. Deshalb bieten sie Anreize, selbst wenn sie eigentlich wissen, dass dem gesamten Land am besten gedient wäre, wenn alle Gouverneure Subventionen verweigerten und nur die klassischen Standortfaktoren entscheiden ließen.

Amazon kennt offenbar seine Spieltheorie. Das Unternehmen hat das System der Subventions-Optimierung perfektioniert. Der rasant wachsende Konzern, der ein Verteilungszentrum nach dem anderen eröffnet, hat nach Erhebungen der Organisation „Good Jobs First“ bei seinen Anstellungen schon Finanzhilfen von insgesamt 1,1 Milliarden Dollar in Anspruch genommen. Der Konzern habe vor fünf Jahren sogar eine eigene Abteilung ins Leben gerufen, die Anreizpakete aushandelt.

Doch alles hat seine Grenzen. Das Subventionspaket, das Wisconsin Gouverneur Walker für Foxconn geschmückt hat, stößt auf heftige Kritik. Michael Hicks, Ökonomeprofessor aus Indiana, macht die Rechnung auf. Foxconn hat Medienberichten zufolge die Anstellung von 3000 Beschäftigten versprochen, denen der Konzern im Schnitt 54 000 Dollar Lohn im Jahr zahlen will. Rechnet man die Subventionen über die zugesagten fünfzehn Jahre hoch, dann spendet der Bundesstaat dem Konzern laut Hicks Berechnungen für jeden der 3000 Arbeiter 66 000 Dollar im Jahr. „Wisconsin trägt praktisch die Gehaltszahlungen“, schreibt Hicks in einem Zeitungsbeitrag. Die Rechnung wird etwas günstiger für Wisconsin, wenn Foxconn seine Belegschaft aufstockt. Der Bundesstaat leistet sich diese Zuwendungen bei einer Arbeitslosenquote von 3,2 Prozent.

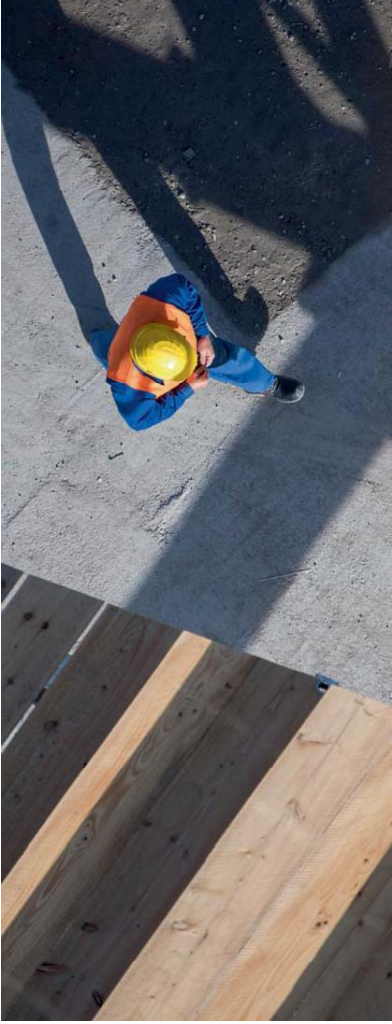
Im Bundesstaat Washington, Boeings Heimat, sind die Abgeordneten beider Parteien heute schwer verstimmt darüber, dass der Flugzeughersteller nach der Verkündung des 8,7-Milliarden-Dollar-Pakets zur Beschäftigungssicherung und -expansion mehr als 12 000 Mitarbeiter im Bundesstaat entlassen hat. Auch in New Jersey regt sich Widerstand gegen das parteiübergreifende Projekt. Amazon fällt von den Industrien in dieser Stadt“, sagt Bürgermeister Bill de Blasio. Die texanische Stadt San Antonio hat sich sogar ganz aus dem Rennen verabschiedet, weil sie nicht bereit ist, Amazon ähnlich großzügige Anreize zu bieten wie andere Kommunen. „Blind die Farm herzugeben ist nicht unser Stil“, schrieb Bürgermeister Ron Nirenberg in einem Brief an Jeff Bezor. Der Texaner äußerte sogar den Verdacht, Amazon habe seinen bevorzugten Standort ohnehin schon längst ausgewählt.

Foto AP

Auch die Universität in Alabama will die Firma.

Selbst Gouverneure, die in Wahlkämpfen als Propagandisten der reinen Marktwirtschaft durchs Land ziehen, etwa Scott Walker aus Wisconsin, machen Steuergeld locker, wenn es gilt, ein großes Unternehmen anzuwerben. Walker unterzeichnete Mitte September ein Gesetzespaket, das es dem nördlichen Bundesstaat ermöglicht, der Foxconn aus Taiwan mit einem Steuermehrwert von drei Milliarden Dollar entgegenzukommen für eine neue Fabrik für Flachbildschirme, in der nächst 3000 Menschen, irgendwann aber einmal 13 000 Menschen beschäftigt sein könnten.

Bundesstaaten, Städte und Kommunen haben 2015 rund 45 Milliarden Dollar an Subventionen lockergemacht, um Unternehmen zu halten, abzuwerben oder ihnen die Erweiterungen zu ermöglichen, rechnet eine Studie des Upjohn Institutes vor. Das entspricht immerhin 30 Prozent ihrer Steuereinnahmen, sagt der Zürcher konom Ralph Ossa, der den Subventionswettbewerb der amerikanischen Bundesstaaten untersucht hat. Gouverneure befinden sich in einem klassischen Gefangenendilemma. Sie wissen nicht, welche Anstrengungen der konkurrierende Gouverneur un-



Kein „Dumping“ mehr: Bauen könnte teurer werden, wenn Osteuropäer mehr verdienen.

Foto dpa

Gleicher Lohn für alle

Die EU ändert die Regeln, wie Unternehmen Mitarbeiter im Ausland bezahlen müssen. Das betrifft viele Osteuropäer hierzulande – aber auch deutsche Expats. Von *Hendrik Kafsack*

Es ist eines der heikelsten Themen, über die in der Europäischen Union gestritten wird – und jetzt gibt es eine Lösung, die Hunderttausende Arbeitnehmer betreffen könnte: Osteuropäische Unternehmen müssen Mitarbeiter, die sie in wohlhabendere EU-Staaten entsenden, künftig höhere Löhne zahlen. Und zwar so viel, wie in dem jeweiligen Land tblich ist. Darauf haben sich die Arbeitsminister der EU nach langen Diskussionen geeinigt. Vor allem der französische Prsident Emmanuel Macron und Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker hatten sich für diese Regelung starkgemacht. Polen, Ungarn, Lettland und Litauen stmmten dagegen, was zeigt, wie uneins die Staaten in dieser wichtigen wirtschaftlichen Frage sind. Die geplante Reform verschärft die sogenannte Entsende-Richtlinie, die regelt, wie lange und zu welchen Bedingungen ein Unternehmen seine Mitarbeiter ins EU-Ausland entsenden kann.

In Zukunft soll zum Beispiel auf Baustellen und in Pflegeheimen vom ersten Tag an der Grundsatz „gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“ gelten. Zudem sollen Mitarbeiter nur noch höchstens für zwölf Monate in ein anderes EU-Land entsendet werden können. Nur auf Antrag soll der Aufenthalt im Ausland einmalig um sechs Monate verlängert werden können. Bleibt ein Arbeitnehmer länger im Land, fällt er unter das dortige Arbeitsrecht. Durch die Einführung des neuen Begriffs der „Entlohnung“ soll sichergestellt sein, dass auch Zulagen – von Risikozuschlägen bis zum Weihnachtsgeld – gezahlt werden. Bisher müssen die Unternehmen entsandene Arbeitnehmer nur den dortigen Mindestlohn zahlen.

Diese Regelungen sind das Ergebnis eines zähen Ringens. Die osteuropäischen Länder fürchten, ihre Lohnverhältnisse im Ausland nicht mehr ausspielen zu können. Das wäre ihre Wettbewerbsfähigkeit schwächen. Deutschland stimmte hingegen für den Kompromiss. Welche Auswirkungen die Reform hierzulande hat, ist allerdings noch unklar. In Deutschland dürfen nur zehn bis fünfzehn Tarifverträge betroffen sein, sagen Fachleute. Umgekehrt könnte Deutschland darunter leiden, dass deutsche Unternehmen ihre Arbeitnehmer nicht mehr so einfach ins Ausland entsenden können. 2015 traf das auf 241 000 deutsche Beschäftigte zu – die meisten verdienten ihr Geld im Hochlohnland Schweiz, in Österreich und den Niederlanden. Im Gegenzug wurden knapp 420 000 Arbeitnehmer aus anderen EU-Ländern nach Deutschland entsandt. Etwa jeder Dritte kam aus Polen, es folgten Slowenien, Slowakei und Ungarn.

Die EU-Kommission hat die Verschärfung der Richtlinie im Frühjahr 2016 vorgeschlagen. Damit reagierte sie auf Klagen in vielen alten Mitgliedstaaten, allen voran Frankreich, über die Konkurrenz von „Billigarbeitern“ aus Osteuropa. Der Ministerrat muss sich nun mit dem Europäischen Parlament auf eine gemeinsame Linie einigen, damit die neuen Regeln in Kraft treten können. Endgültig geklärt ist der Streit damit noch nicht. Auf die Osteuropäer nimmt der Kompromiss insofern Rücksicht, als die Verschärfung erst in vier Jahren in Kraft treten soll. Außerdem ist die Transportbranche ausgenommen. Sie soll eigene Regeln bekommen. Auf der Autobahn könnte also weiter große Konkurrenz herrschen.